

Kommunikation als Selbstvergewisserung

Interessenvertretung für die Evangelische Allianz in Deutschland.

Von Uwe Heimowski

Abstract Glaube braucht Kommunikation und Interaktion. Dafür steht auch die Evangelische Allianz (EA). Sie ist keine Kirche, sondern eine Basisbewegung. Der vorliegende Beitrag geht näher auf die Ziele und kommunikativen Strukturen ein und fragt, wie sich Glaubenskommunikation im politischen Umfeld der Gegenwart wandelt und welche Perspektiven daraus abgeleitet werden können. Dabei zeigt sich auch: Glaubenskommunikation ist und muss politisch sein, auch wenn dabei neue Herausforderungen entstehen.

Wer die politische Kommunikation der Evangelischen Allianz verstehen will, der muss ihre Struktur verstehen. Die Allianz ist keine Kirche, sondern eine Basisbewegung. Die Evangelische Allianz (EA) wurde 1846 im Rahmen einer Konferenz in London gegründet, an der 921 evangelische („evangelical“) Christen aus elf Ländern und 52 kirchliche Gruppen teilnahmen. Sie ist damit die älteste bestehende ökumenische Einheitsbewegung. Das Anliegen der Christen, die die EA ins Leben riefen, war, auf einer einfachen theologischen „Basis des Glaubens“ die gemeinsame christliche Stimme zu stärken. Dafür wurden Bibelkonferenzen durchgeführt und eine internationale Gebetswoche ins Leben gerufen, die bis heute jeweils in der zweiten Januarwoche stattfindet. In der World Evangelical Alliance sind über 130 nationale Allianzen vertreten, ihr Hauptsitz ist in New York, die Mitgliederzahl liegt (je nach Zählweise) zwischen 300 und 600 Millionen Christen.

Die Evangelische Allianz in Deutschland (EAD) ist das entsprechende nationale zwischenkirchliche Netzwerk. Gelegentlich wird sie als „Dachverband der Evangelikalen“ in Deutsch-

Uwe Heimowski ist seit 2016 Beauftragter der Evangelischen Allianz am Sitz des Deutschen Bundestages und der Bundesregierung. Zuvor war der Diplomat Theologe Pastor einer Evangelisch-Freikirchlichen Gemeinde in Gera. Seit 2009 ist er Referent für Menschenrechte bei Frank Heinrich, MdB (CDU).

land bezeichnet. Sie verbindet viele Gruppen, Gemeinden, (Frei-) Kirchen und Werke, die gemeinsame Anliegen verbinden. Da es keine formale Mitgliedsstruktur gibt – man kann sich einer der rund 1000 lokalen Ortsallianzen anschließen oder als Werk der EAD geführt werden (rund 370 Werke sind der EAD über ihre Satzung verbunden) – lässt sich nur schätzen, wie viele Christen die EAD vertritt, die Zahl dürfte zwischen einer und eineinhalb Millionen liegen.

Ziel: Einheit und gemeinsames Beten

Ihrer rechtlichen Struktur nach ist die EAD ein Verein mit Sitz in Bad Blankenburg (Thüringen). Die EAD ist auch ein akkreditierter Verband beim Deutschen Bundestag, der im Lobbyregister verzeichnet ist. Sie unterhält seit 2013 das Büro des politischen Beauftragten in Berlin und veröffentlicht Orientierungshilfen und Stellungnahmen zu gesellschaftlichen Themen. Die Allianz ist parteipolitisch neutral und befürwortet die demokratische Grundordnung und das Grundgesetz in Deutschland.

Das zeigt: Glaubenskommunikation ist politisch und das Grundgesetz ist die Basis der politischen Kommunikation seitens der EAD. Dazu kommen die folgenden konkreten Ziele: „Die Einheit der Christen; gemeinsames Beten; gemeinsamen Glauben; gemeinsames Bezeugen des Evangeliums; gemeinsame ‚Zeitansagen‘ zu gesellschaftlich relevanten Themen und für die Übernahme von Verantwortung in unserer Welt“ (EAD 2022).

Christliche Position, aber keine Religionsgemeinschaft

Schon die wenigen einleitenden Zeilen verdeutlichen, worin die Problematik der politischen Kommunikation der EAD besteht, insbesondere in einer Zeit, in der sich eine postkirchliche Gesellschaft herausbildet, in der das Wissen um Inhalte und Strukturen von Kirchen und kirchlichen Gruppen immer stärker abnimmt: Die EAD vertritt christliche Positionen in ethischen Fragen, ist aber selbst keine Religionsgemeinschaft des öffentlichen Rechts – und damit im politischen Bereich protokollarisch von den Kirchen unterschieden, mit denen sie andererseits inhaltliche und personelle Schnittmengen hat. Die EAD hat als Netzwerk zudem keine verifizierbare Mitgliederzahl. Wem (und wie vielen) verleiht sie also eine Stimme?

Diese Unklarheiten erschweren die Wahrnehmung der EAD als einer einheitlichen Gruppe, was gelegentlich zu simplifizierenden Fremdzuschreibungen führt – was man schlecht

fassen kann, macht ein „Etikett“ anschaulicher. Exemplarisch kann man hier die beiden Bezeichnungen „evangelikal“ und „rechts“ anführen. Die EAD wird auch als „Dachverband der Evangelikalen“ in Deutschland bezeichnet. Das hat mit der englischen Bezeichnung zu tun (Evangelical Alliance). Der Begriff „evangelical“ wäre sprachlich angemessen mit „evangelisch“ zu übersetzen, ist aber – anders als im Deutschen – keine Konfessionsbezeichnung (wie in „Die evangelische Kirche in Deutschland“, EKD), das wäre der Ausdruck „protestant“. Daher hat sich seit den 1970er Jahren in bestimmten Frömmigkeitskreisen zur Unterscheidung von der EKD der eingedeutschte Begriff „evangelikal“ durchgesetzt.

Abgrenzung zum Rechtspopulismus

Formal ist die EAD kein Dachverband, allerdings vernetzt sie viele evangelikale Gruppen. Evangelikal muss dabei in einem weiteren Sinne verstanden werden, als der Begriff heute im üblichen Gebrauch suggeriert. Die vielfältigen Wurzeln, das Wachstum und die Vielschichtigkeit der evangelikalen Bewegung gerade im globalen Süden erschweren eine einheitliche Definition. Evangelikalismus ist keine eigenständige Denomination, sondern kann als eine transkonfessionelle und internationale christliche Bewegung verstanden werden, die in ihren konkreten Ausprägungen sehr heterogen ist. Evangelikal ist also ein schillernder Begriff, der eine breite Frömmigkeit abdeckt, er wurde aber in den vergangenen Jahren, gerade auch im Zusammenhang der Unterstützung weißer US-Evangelikaler für Donald Trump, zunehmend diskreditiert.

Das Etikett „rechts“ ist daher eine zentrale kommunikative Herausforderung, nicht nur in Deutschland: Die EAD spricht sich beispielsweise in ihrer Broschüre „Fremde Willkommen“ gegen Ausgrenzung und fremdenfeindliche Tendenzen aus. Nach dem Wahlerfolg der AfD 2017 äußerte die EAD, „dass es keine Schnittmenge zu rassistischen und geschichtsverfälschenden Positionen“ (EAD 2017a) gebe. Dennoch werden Evangelikale teilweise in die Nähe von rechtspopulistischen Bewegungen und Parteien wie der AfD gestellt. Tatsächlich gibt es solche Gruppen. Doch sind nicht alle Evangelikalen mit der EAD verbunden oder fühlen sich von ihr vertreten, gerade einige Vertreter extremer Positionen lehnen deren Kurs als „zu liberal“ ab.

Beobachter und Kritiker der EAD monieren immer wieder angebliche thematische Berührungspunkte zwischen der EAD und rechten Gruppen und nennen hier etwa Themen wie

Lebensschutz, Ehe und Familie, Christenverfolgung und eine kritische Sicht auf den (politischen) Islam. Was sie nicht sehen – oder nicht sehen wollen – ist, dass sich die Intentionen, mit denen die Themen auf die politische Agenda gehoben werden, sehr deutlich unterscheiden. Um nur ein Beispiel zu nennen: So gilt der Schutz des ungeborenen Lebens, für den sich die EAD einsetzt, allen Menschen, gleich welcher Nationalität und Religionszugehörigkeit. Hier bildet der Gedanke, dass jeder Mensch ein Geschöpf Gottes ist, die ethische Basis der Argumentation. Dagegen wird bei Teilen der Neuen Rechten und der AfD dieses aus rein bevölkerungspolitischen Gründen thematisiert, um einem demografischen Wandel der speziell „deutschen“ Bevölkerung entgegenzuwirken.

Interessensvertretung ist Selbstvergewisserung

Diese Überlegungen dürfte deutlich machen, dass für eine Bewegung wie die EAD zur inhaltlichen Vertretung ihrer Interessen auch notwendig eine gute Kommunikation gehört. Zum einen, um die Kernthemen dieser heterogenen Bewegung zur Geltung zu bringen. Zum anderen, um den (negativen) Zuschreibungen von Dritten zu begegnen. Insofern ist Interessenvertretung zugleich Selbstvergewisserung.

Als eine Art politisches Grundsatzprogramm der EAD kann die Schrift „Sucht der Stadt Bestes. Zur Verantwortung der Christen in Staat und Gesellschaft“ gelten, die 2009 vom Hauptvorstand der EAD beschlossen wurde. Nachdem es auch in den Jahren zuvor Stellungnahmen der EAD zu einzelnen politischen Themen gegeben hat (u. a. zu Arbeitslosigkeit, Barrierefreiheit, Lebensrecht, Familie oder zur Würde des Menschen), ist „Sucht der Stadt Bestes“ die zusammenfassende politische Stellungnahme der EAD (vgl. EAD 2017b).

Heterogenität als Herausforderung

Die Heterogenität als Basisbewegung wird dabei besonders betont, da die knapp eineinhalb Millionen Christen, die sich der EAD zugehörig fühlen, nicht in allen Einzelfragen „einheitliche politische Überzeugungen“ vertreten (ebd.). Sie wählen unterschiedliche Parteien und lassen sich nicht in ein Links-Rechts-Schema oder in andere politische Kategorien einordnen. Innerhalb der Bewegung gibt es in politischen Einzelfragen Auseinandersetzungen und Konflikte, vor allem bei den spezifischen Lösungswegen in der Realpolitik oder bei der Frage

nach der Notwendigkeit von „christlichen Parteien“. „Trotzdem gibt es politische Grundüberzeugungen, die allen Christen in der Allianz-Bewegung wichtig und die mit ihrem Glaubensverständnis verbunden sind. Diese Schwerpunkte sollen in diesem Dokument dargestellt werden“ (ebd.).

Um die Interessen der EAD zu vertreten, braucht es also die Kommunikation ihrer Kernanliegen. In der Broschüre „Sucht der Stadt Bestes“ sind diese zusammengefasst. Dabei kann die Kommunikation aber nicht stehen bleiben. Denn um Gehör zu finden, müssen thematische Anliegen auch glaubwürdig begründet werden. Nicht zuletzt, um auf Fremdzuschreibungen zu antworten und selbstkritisch potentiellen Fehlentwicklungen begegnen zu können. Für die eigene Selbstvergewisserung und der glaubwürdigen Außendarstellung bedarf es der Rückbesinnung auf Quellen und Veröffentlichungen, die es dann jeweils zu aktualisieren und kontextualisieren gilt.

Lobbyarbeit für Religionsfreiheit und Bewahrung der Schöpfung

Exemplarisch können hier zwei Themenfelder genannt werden, für die die EAD im politischen Bereich Lobbyarbeit betreibt: Religionsfreiheit und Bewahrung der Schöpfung. Für die Evangelische Allianz ist der Einsatz für Menschenrechte elementar. Dazu zählen Werte wie Gleichheit, Freiheit und Gerechtigkeit für alle Menschen, wie sie in den klassischen Texten der Menschenrechte formuliert sind. Diese Rechte sind universell, unteilbar und unveräußerlich. Eine Diskriminierung der Menschen auf Grund von Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, sexueller Orientierung, Sprache, Religion, nationaler und sozialer Herkunft und sonstiger Überzeugungen lehnt die EA ab. Der Einsatz für die Abschaffung der Sklaverei und für die weltweite Religionsfreiheit gehören untrennbar zur Geschichte der EA.

Die WEA setzt sich auf Ebene der UN in Genf für Religionsfreiheit ein. Das 2007 gegründete Internationale Institut für Religionsfreiheit (IIRF) gibt in Deutschland u. a. gemeinsam mit der EAD jährlich die Jahrbücher „Religionsfreiheit“ und „Diskriminierung und Verfolgung von Christen“ heraus.

Nachhaltigkeit hat Tradition

Nachhaltigkeit war in der Frühzeit der Evangelischen Allianz höchstens indirekt ein Thema, wenn es etwa um die Arbeitsbedingungen der Fabrikarbeiter des 19. Jahrhunderts oder die Heiligung des Sonntags ging. Erst mit der Gründung des Micah-

Networks 1999 (seit 2004 offiziell Micah Challenge in enger Partnerschaft mit der WEA) hat sich das geändert. Auslöser waren die Millenniumsziele der Vereinten Nationen, die die Micah Challenge zum Anlass nahm, das Engagement von Christen und christlichen Kirchen gegen Armut und für soziale Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung zu fördern.

Seither finden sich Texte zur Nachhaltigkeit oder zur Klimagerechtigkeit in verschiedenen Publikationen der EAD. Die ausgewählte Quelle ist ebenfalls Teil der Broschüre „Sucht der Stadt Bestes“ (S. 17), darin leitet die EAD die „Verantwortung für die Erde und ihre(r) Ökosysteme“ aus dem „Schöpfungs- und Erhaltungsauftrag, den Gott den Menschen gegeben hat“, ab. Daher müsse konsequente Nachhaltigkeit „ein leitendes Prinzip aller politischen Entscheidungen werden“. Weiter heißt es dazu:

„Ökologisches Verhalten sollte belohnt werden. Dabei darf es nicht um Zielsetzungen gehen, die von einem idealistischen Naturbild ausgehen und die Belange der Wirtschaft übergehen. [...] Um unserer Verantwortung für zukünftige Generationen willen sind hier harte Einschnitte nicht zu vermeiden“ (ebd.).

Kommunikation ist unabdingbar

Die genannten Beispiele und Hintergründe zeigen: Es ist von essenzieller Bedeutung, die Kernanliegen der EAD – intern und extern – immer wieder neu zur Geltung zu bringen. Dafür bedarf es der regelmäßigen Rückbesinnung auf eigene Quellen und Traditionen. Nur wer ein Bild von der eigenen Geschichte hat und die eigenen Anliegen formulieren kann, ist in der Lage, daraus eine politische Kommunikation abzuleiten. Gerade bei einer diversen und heterogenen Bewegung geht es auch darum, Anliegen zu bündeln und sich nicht Nebenthemen zu verzetteln.

Im Fall der beiden exemplarisch herausgearbeiteten Themen heißt das konkret: Die EAD gibt jährlich die Jahrbücher Religionsfreiheit sowie Diskriminierung und Verfolgung von Christen heraus, die jedes Mitglied des Deutschen Bundestages erhält. Es besteht eine enge Zusammenarbeit mit den religionspolitischen Sprecherinnen und Sprechern der Bundestagsfraktionen und dem Beauftragten der Bundesregierung für Internationale Religions- und Weltanschauungsfreiheit. Um die Bewahrung der Schöpfung im Rahmen der nachhaltigen Entwicklungsziele zu thematisieren, hat die EAD außerdem den Verein „Micha Deutschland“ initiiert und gegründet. Formal ist der Verein eigenständig, der politische Beauftragte der EAD ist

qua Amt Mitglied des Vereins. Diese Anliegen sind nicht selbst-erklärend. Sie wieder und wieder zu kommunizieren ist condito sine qua non für ein Netzwerk wie die Evangelische Allianz in Deutschland.

Literatur

EAD (2022): Über uns. <https://www.ead.de>.

EAD (2017a): „AfD-Ergebnis ist Schock“. <https://www.ead.de/2017/september/25092017-afd-ergebnis-ist-schock/>.

EAD (2017b): „Sucht der Stadt Bestes“. Zur Verantwortung der Christen in Staat und Gesellschaft. Eine Stellungnahme der Deutschen Evangelischen Allianz. Bad Blankenburg.

Köbner, Julius (2006): Manifest des freien Urchristentums an das deutsche Volk (ursprünglich: Hamburg, 1848). Herausgegeben, eingeleitet und kommentiert von Markus Wehrstedt und Bernd Wittchow. Berlin, S. 37-40.

Alle Internetquellen zuletzt aufgerufen am 21.6.2022.